Große Anfrage

der Fraktion GRÜNE

und

Antwort

der Landesregierung

**Bilanz und Reformbedarf für direkte Demokratie
in Baden-Württemberg**

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

I. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Baden-Württemberg

1. Wie viele Bürgerbegehren und Bürgerentscheide haben in Baden-Württemberg seit 1995 stattgefunden
 - a) im Zeitraum 1995 bis 2005,
 - b) seit 2006?
2. Wie viele dieser Bürgerbegehren waren in den genannten Berichtszeiträumen zulässig, wie viele waren erfolgreich (mit Angaben, ob die Begehren von den Gemeinderäten übernommen oder im Bürgerentscheid erfolgreich waren), wie viele waren unzulässig
 - a) wegen fehlender Kostendeckungsvorschläge,
 - b) wegen unzulässiger Themenwahl,
 - c) wegen Nichterreichen des Quorums bei den eingereichten Unterschriften für das Bürgerbegehren oder beim Bürgerentscheid,
 - d) wegen Überschreitung der 4-Wochen-Frist bei Bürgerbegehren gegen Gemeinderatsbeschlüsse?
3. Wie viele Bürgerbegehren und Bürgerentscheide fanden in Baden-Württemberg, aufgeschlüsselt nach Gemeindegrößen unter 5.000 Einwohnern, zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern, über 10.000 Einwohnern und unter 50.000 Einwohnern statt
 - a) im Zeitraum 1995 bis 2005,
 - b) seit 2006?

Eingegangen: 30.01.2008 / Ausgegeben: 08.04.2008

1

4. Worin sieht die Landesregierung die Gründe für die anhaltend geringe Zahl von Bürgerbegehren, vor allem in kleineren baden-württembergischen Gemeinden?
5. Wie viele initiierte und wie viele Bürgerbegehren gegen Beschlüsse von Gemeinderäten gab es in diesen Zeiträumen und wie bewertet die Landesregierung diese Zahlen im Vergleich?
6. Welche Auswirkungen haben die Änderungen der Gemeindeordnung 2005 aus Sicht der Landesregierung bisher gezeigt, insbesondere der Wegfall des sog. Positivkatalogs?
7. Ist die Landesregierung bereit, über die Zulässigkeit von Bürgerbegehren zum „Ob“ einer Bauleitplanung hinaus auch inhaltliche Vorgaben für ein Bauleitplanverfahren Bürgerbegehren zugänglich zu machen und damit den Bürgern eine konstruktive Mitwirkung statt der Beschränkung auf eine bloße „Ja-Nein-Fragestellung“ zu ermöglichen?
8. Sieht die Landesregierung Handlungsbedarf bei den gesetzlichen Bestimmungen für Bürgerbegehren, unter anderem bei den Unterschriftserfordernissen, den Beteiligungs- und Zustimmungsquoren, bei der Verpflichtung zu einem Kostendeckungsvorschlag und bei den Fristen?
9. Ist die Landesregierung bereit, den Bürgerinnen und Bürgern in den 35 Landkreisen endlich die gleichen Rechte wie denen in den Stadtkreisen zu geben und auch in den Landkreisen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu ermöglichen, wenn nein, hält sie das bestehende unterschiedliche Recht mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes vereinbar?
10. Ist es nach der massiven Stärkung der Landkreise und Landräte durch die Verwaltungsreform nicht endlich geboten, auch auf dieser Ebene den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger durch die Einführung der Volkswahl der Landräte zu stärken?

II. Volksbegehren in Baden-Württemberg

1. Teilt die Landesregierung unsere Einschätzung, dass seit seiner Einführung im Jahr 1974 ein Volksbegehren in Baden-Württemberg noch nie stattgefunden hat, weil die Hürden für ein erfolgreiches Begehren zu hoch sind, wenn nein, wie erklärt sie sich dann, dass Bürgerinnen und Bürger in den letzten 33 Jahren zwar Anläufe unternommen, aber noch kein Volksbegehren wirklich initiiert haben?
2. Sind Reformen des Volksbegehrens und Änderungen von Artikel 59 Landesverfassung in dieser Legislaturperiode von der Landesregierung beabsichtigt, wenn ja, welche?
3. Teilt die Landesregierung auch unsere Einschätzung, dass Volksbegehren und Volksabstimmungen für die BürgerInnen realistische Erfolgchancen bieten müssen und wie definiert die Landesregierung diese?
4. Ist die Landesregierung bereit, die Beschränkung der Zulässigkeit von Volksbegehren auf die Einbringung von Gesetzentwürfen aufzuheben und nach dem Vorbild etwa von Brandenburg, Schleswig-Holstein und der Schweiz auch andere Gegenstände der politischen Willensbildung, z. B. in Form der Erteilung eines Auftrags an das Parlament, zum Gegenstand von Volksbegehren zu machen?
5. Ist die Landesregierung gewillt, die Hürden für Volksbegehren und Volksabstimmungen zu erleichtern, etwa durch Senkung des Unterschriftenquorums, durch die Schaffung einer Wahl- und/oder Kombinationsmöglichkeit zwischen Amtseintragung und freier Unterschriftensammlung in der 2. Verfahrensstufe, durch die Senkung des Quorums in der 2. Stufe und die Ausweitung des dafür

zur Verfügung stehenden Zeitraums, durch die Senkung des Zustimmungsquorums bei der eigentlichen Volksabstimmung von 33 % aller Wahlberechtigten auf Quoren, wie sie in anderen Bundesländern üblich sind (NRW 15 %, Hamburg 20 % Zustimmungsquorum) und durch den Verzicht auf Quoren bei einfachen Gesetzen (wie in Bayern, Hessen, Sachsen)?

6. Ist die Landesregierung gewillt, bei einer Reform des Volksbegehrens eine Befassung durch den Landtag schon bei der ersten Stufe vorzusehen (wie z. B. in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern), um Initiativen der BürgerInnen aufzuwerten und frühzeitig den Kontakt zwischen ihnen und dem Parlament zu ermöglichen, auch um z. B. andere Möglichkeiten auszuloten, dem Anliegen der BürgerInnen gerecht zu werden?

III. Direkte Demokratie in Baden-Württemberg im Vergleich zu Bayern

1. Wie sehen die gesetzlichen Regelungen in Bayern und Baden-Württemberg im Vergleich aus, insbesondere hinsichtlich
 - a) initiiierenden Bürgerbegehren,
 - b) den Quoren für Volksbegehren,
 - c) den Zustimmungsquoren bei Volksentscheiden?
2. Wie hoch ist der durchschnittliche Anteil von als unzulässig erklärten Bürgerbegehren in Bayern und Baden-Württemberg
 - a) im Zeitraum 1995 bis 2005,
 - b) seit 2006?
3. Welchen Anteil haben initiiierende Bürgerbegehren an der Gesamtzahl der Bürgerbegehren in den beiden Bundesländern und wie bewertet die Landesregierung diese Zahlen?
4. Wie oft wird im Schnitt in Gemeinden von 5.000 bis 10.000 Einwohnern in den beiden Bundesländern ein Bürgerbegehren durchgeführt?
5. Worin liegen nach Ansicht der Landesregierung die Gründe, dass Bayern in vergleichenden Studien von Vereinen wie Mehr Demokratie konstant vordere Plätze im Bundesvergleich belegt und Baden-Württemberg auf den hinteren Plätzen liegt?
6. Was wird die Landesregierung unternehmen, um Baden-Württemberg auf den bayrischen Standard zu bringen?

29.01.2008

Kretschmann, Sckerl
und Fraktion

Begründung

Eine Demokratie kann nur bestehen, wenn die Bürgerinnen und Bürger das politische Gemeinwesen mit Leben und Mitsprache füllen. Eine lebendige Demokratie ist heute mehr denn je auf die Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Wir erleben aber eine hartnäckige und immer noch im Anstieg befindliche Politikverdrossenheit und zu niedrige Wahlbeteiligungen gerade auch auf der kommunalen Ebene. Umfragen bestätigen seit mehreren Jahren gleichzeitig und

stets auf das Neue, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr direkten Einfluss auf politische Entscheidungen wünschen, dafür auch Verantwortung übernehmen wollen und aus diesen Gründen direktdemokratische Formen der Bürgermitsprache fordern.

Baden-Württemberg hat in dieser Hinsicht trotz der Reform der Gemeindeordnung 2005 weiterhin Nachhol- und Reformbedarf, der mit dieser Großen Anfrage diskutiert und festgestellt werden soll.

Die Regelungen bei *Bürgerbegehren* und Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene halten wir nach wie vor für unzureichend.

Nur beispielhaft sei ausgeführt, dass die aktuelle Rechtslage von sog. initiierten Bürgerbegehren und von Bürgerbegehren mit Alternativvorschlägen stets einen „durchführbaren Vorschlag für die Deckung der Kosten“ verlangt, was aufgrund der Komplexität kommunaler Finanzwirtschaft für viele Initiativen und ehrenamtlich Tätige eine deutlich zu hohe Hürde darstellt. Dies führt dazu, dass die überwältigende Mehrzahl von Bürgerbegehren sich gegen Gemeinderatsbeschlüsse wenden und die Bürgerinnen und Bürger dadurch in die Rolle von bloßen „Nein-Sagern“ gedrückt werden.

Es besteht Handlungsbedarf weiter bei den bestehenden Fristen und Quoren. Auch in den Landkreisen sollen vergleichbare Regelungen für Bürgerentscheide und Bürgerbegehren eingeführt werden.

Beim Thema *Volksbegehren* sieht unsere Fraktion raschen und erheblichen Handlungsbedarf. Zwar werden Volksbegehren und Volksabstimmungen aus ganz praktischen Gründen hierzulande wohl eher eine Ausnahme und Ergänzung der parlamentarischen Gesetzgebung bleiben, jedoch müssen sie und die sie auslösenden Volksbegehren als Instrumente mit realistischen Erfolgchancen ausgestattet und von den BürgerInnen wahrgenommen werden. Hier hinkt Baden-Württemberg mit seinen derzeitigen Bestimmungen im Artikel 59 Landesverfassung deutlich bürgerfreundlicheren Standards in anderen Bundesländern und im benachbarten Ausland weit hinterher und belegt im sog. „Ranking“ nur einen hinteren Platz. Eine bürgerfreundliche Reform von Volksbegehren/Volksabstimmung ist daher überfällig. Die Fortentwicklung der Instrumente direkter Demokratie kann dabei nicht einseitig Aufgabe von Regierung und Landtag sein, sondern muss im breiten öffentlichen Diskurs mit den BürgerInnen des Landes erfolgen.

Antwort

Schreiben des Staatsministeriums vom 7. März 2008 Nr. I-2205.6:

In der Anlage übersende ich unter Bezugnahme auf § 63 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg die von der Landesregierung beschlossene Antwort auf die Große Anfrage.

Stächele

Minister des Staatsministeriums
und für europäische Angelegenheiten

Anlage: Schreiben des Innenministeriums

Mit Schreiben vom 4. März 2008 Nr. 2-2205.6/42 beantwortet das Innenministerium im Namen der Landesregierung die Große Anfrage wie folgt:

I. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Baden-Württemberg

I. 1. *Wie viele Bürgerbegehren und Bürgerentscheide haben in Baden-Württemberg seit 1995 stattgefunden*

- a) im Zeitraum 1995 bis 2005,
b) seit 2006?

Zu I. 1.:

Nach der Statistik der dem Innenministerium bekannt gewordenen Fälle haben Bürgerentscheide und Bürgerbegehren in folgender Zahl stattgefunden (Stand 31. Januar 2008):

	Zahl der Bürgerbegehren	Zahl der Bürgerentscheide
1995 bis 2005	75	83
seit 2006	21	27

I. 2. *Wie viele dieser Bürgerbegehren waren in den genannten Berichtszeiträumen zulässig, wie viele waren erfolgreich (mit Angaben, ob die Begehren von den Gemeinderäten übernommen oder im Bürgerentscheid erfolgreich waren), wie viele waren unzulässig*

- a) wegen fehlender Kostendeckungsvorschläge,
b) wegen unzulässiger Themenwahl,
c) wegen Nichterreichen des Quorums bei den eingereichten Unterschriften für das Bürgerbegehren oder beim Bürgerentscheid,
d) wegen Überschreitung der 4-Wochen-Frist bei Bürgerbegehren gegen Gemeinderatsbeschlüsse?

Zu I. 2.:

Ein Bürgerbegehren wird in nachfolgender Darstellung dann als erfolgreich gewertet, wenn infolge des Bürgerbegehrens ein Bürgerentscheid stattfindet und dabei das Quorum erreicht wird, sodass die Wirkung eines endgültigen Beschlusses des Gemeinderats erreicht wird. Auch wenn dem Anliegen des Bürgerbegehrens schon vorab vom Gemeinderat nachgekommen wird, sodass es gar nicht zu einem Bürgerentscheid kommt, kann von einem erfolgreichen Bürgerbegehren gesprochen werden.

Kommt ein Bürgerentscheid mit dem erforderlichen Quorum zustande, ist nochmals zu unterscheiden, ob das Ergebnis dieses – nach obiger Definition erfolgreichen Bürgerbegehrens – im Sinne des Anliegens des Bürgerbegehrens ist. Hierüber hat das Innenministerium nicht in allen Fällen Kenntnis.

	Bürgerbegehren 1995 bis 2005	Bürgerbegehren seit 2006
Zahl insgesamt	75	21
davon zulässig insgesamt	55	20
<ul style="list-style-type: none"> • Abhilfe durch Gemeinderat 	2	1
<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerentscheid <u>aufgrund von Bürgerbegehren</u> erfolgreich zu Stande gekommen (d.h. Quorum erreicht) <ul style="list-style-type: none"> - davon im Sinne des Bürgerbegehrens - davon nicht im Sinne des Bürgerbegehrens - nicht bekannt, ob im Sinne des Bürgerbegehrens 	29	13
	19	8
	7	4
	3	1
<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerentscheide <u>aufgrund von Bürgerbegehren</u>, die nicht erfolgreich zu Stande gekommen sind (d.h. Quorum nicht erreicht) 	24	6
davon unzulässig insgesamt	20	1
aus folgenden Gründen:		
a) fehlender Kostendeckungsvorschlag	1	1
b) unzulässiges Thema	19	
c) Quorum nicht erreicht		
d) Überschreitung der 4- bzw. 6-Wochenfrist		

I. 3. *Wie viele Bürgerbegehren und Bürgerentscheide fanden in Baden-Württemberg, aufgeschlüsselt nach Gemeindegrößen unter 5.000 Einwohnern, zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern, über 10.000 Einwohnern und unter 50.000 Einwohnern statt*

a) im Zeitraum 1995 bis 2005,

b) seit 2006?

Zu I. 3.:

	Bürgerbegehren		Bürgerentscheid	
	1995 bis 2005	seit 2006	1995 bis 2005	seit 2006
in Gemeinden				
bis 5.000 Einwohner	21	7	27	10
5.001 bis 10.000 Einwohner	17	5	15	5
10.001 bis 50.000 Einwohner	25	7	28	9
über 50.000 Einwohner	12	2	13	3
Gesamt	75	21	83	27

I. 4. Worin sieht die Landesregierung die Gründe für die anhaltend geringe Zahl von Bürgerbegehren, vor allem in kleineren baden-württembergischen Gemeinden?

Zu I. 4.:

Die Landesregierung ist nicht der Auffassung, dass die Zahl der Bürgerbegehren „anhaltend gering“ ist. Seit der Gesetzesänderung im Jahr 2005 ist ein Anstieg der Zahl der Bürgerbegehren und auch der Bürgerentscheide festzustellen.

In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass ein Bürgerbegehren aus einem aktuellen Bedürfnis der Bevölkerung nach unmittelbarer Mitwirkung in einer konkreten Angelegenheit der Gemeinde zu Stande kommt. Stehen Bürgermeister und Gemeinderat im ständigen Dialog mit der Bevölkerung, ist häufig ein Bürgerbegehren entbehrlich. Eine geringere Anzahl von Bürgerbegehren kann daher durchaus ein Zeichen erfolgreicher Kommunalpolitik im Sinne und im Interesse der Bürgerschaft sein, sodass es des Korrektivs eines Bürgerbegehrens bzw. eines Bürgerentscheids nicht bedarf. Daher ist die absolute Anzahl der Bürgerbegehren nach Ansicht der Landesregierung kein positiver Wert an sich.

Aus der nachfolgenden Übersicht ergibt sich, dass in Gemeinden unter 5.000 Einwohner weniger Bürgerbegehren eingereicht werden als es ihrem prozentualen Anteil an der Zahl der Gesamtgemeinden in Baden-Württemberg entsprechen würde. Über die Gründe liegen keine näheren Erkenntnisse vor. Anlass zur Besorgnis gibt dies aus dem bereits zuvor genannten Grund nicht.

Gemeinden			Bürgerbegehren	
	Anzahl der Gemeinden in der jeweiligen Größenklasse	Prozentualer Anteil der Gemeinden in der jew. Größenklasse gemessen an der Gesamtzahl	1995 bis 2005 Anzahl mit prozentualem Anteil an Gesamtzahl der Bürgerbegehren (gerundet)	seit 2006 Anzahl mit prozentualen Anteil an Gesamtzahl der Bürgerbegehren (gerundet)
bis 5.000 Einwohner	586	53 %	21 = 28 %	7 = 33 %
5.001 bis 10.000 Einwohner	272	24,5 %	17 = 23 %	5 = 24 %
10.001 bis 50.000 Einwohner	228	20,5 %	25 = 33 %	7 = 33 %
über 50.000 Einwohner	22	2 %	12 = 16 %	2 = 10 %
Gesamt	1.108	100 %	75 = 100 %	21 = 100 %

I. 5. Wie viele initiierte und wie viele Bürgerbegehren gegen Beschlüsse von Gemeinderäten gab es in diesen Zeiträumen und wie bewertet die Landesregierung diese Zahlen im Vergleich?

Zu I. 5.:

Dem Innenministerium liegen keine Erkenntnisse zu dieser Frage vor. Von der Befragung der betroffenen Gemeinden wurde aufgrund des Verwaltungsaufwands – gerade auch hinsichtlich der länger zurückliegenden Fälle – abgesehen.

I. 6. Welche Auswirkungen haben die Änderungen der Gemeindeordnung 2005 aus Sicht der Landesregierung bisher gezeigt, insbesondere der Wegfall des sog. Positivkatalogs?

Zu I. 6.:

Mit dem Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Juli 2005 wurden die Hürden für einen Bürgerentscheid durch den Wegfall des sogenannten Positivkatalogs und durch die Absenkung des für ein erfolgreiches Zustandekommen des Bürgerentscheids erforderlichen Quorums deutlich gesenkt. Seither können Bürger – mit Ausnahme der im Negativkatalog genannten Punkte – über sämtliche Angelegenheiten des Wirkungskreises der Gemeinde, für die der Gemeinderat zuständig ist, selbst entscheiden. Bis auf wenige Auschlussgründe gibt es keine thematischen Einschränkungen mehr für Bürgerentscheide. In der Praxis ist seit der Gesetzesänderung eine steigende Zahl von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden zu beobachten. Auch ist infolge des Wegfalls des sogenannten Positivkatalogs festzustellen, dass Bürgerbegehren – zumindest nach den dem Innenministerium vorliegenden Informationen – nicht mehr wegen eines unzulässigen Themas abgelehnt werden mussten.

I. 7. Ist die Landesregierung bereit, über die Zulässigkeit von Bürgerbegehren zum „Ob“ einer Bauleitplanung hinaus auch inhaltliche Vorgaben für ein Bauleitplanverfahren Bürgerbegehren zugänglich zu machen und damit den Bürgern eine konstruktive Mitwirkung statt der Beschränkung auf eine bloße „Ja-Nein-Fragestellung“ zu ermöglichen?

Zu I. 7.:

Ein Bürgerentscheid kann unabhängig vom Themenkreis immer nur eine „Ja-Nein-Fragestellung“ zum Inhalt haben. Der Landtag von Baden-Württemberg hat im Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des § 21 GemO mit dem o. g. Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Juli 2005 deutlich gemacht, dass Grundsatzentscheidungen zur Gemeindeentwicklung im Vorfeld eines bauplanungsrechtlichen Verfahrens nicht vom Negativkatalog des § 21 Abs. 2 Nr. 6 GemO erfasst und damit bürgerentscheidsfähig sein sollen. Die Bevölkerung soll grundsätzliche Sachentscheidungen und Richtungsentscheidungen zur Bauleitplanung treffen können. Hingegen sind die inhaltlichen Vorgaben der Bauleitplanung im Detail und das förmliche Verfahren der Bauleitplanung Sache des Gemeinderats. Hier finden verschiedene Abwägungsprozesse statt, die sich nach Auffassung der Landesregierung für einen Bürgerentscheid nicht eignen, da sie in der Regel kaum auf eine für den Bürgerentscheid zwingende „Ja-Nein-Fragestellung“ reduzierbar sind. Entsprechendes wurde auch in den parlamentarischen Beratungen wiederholt betont.

I. 8. Sieht die Landesregierung Handlungsbedarf bei den gesetzlichen Bestimmungen für Bürgerbegehren, unter anderem bei den Unterschriftserfordernissen, den Beteiligungs- und Zustimmungsquoren, bei der Verpflichtung zu einem Kostendeckungsvorschlag und bei den Fristen?

Zu I. 8.:

Die Landesregierung sieht bei den gesetzlichen Bestimmungen für Bürgerbegehren derzeit keinen Handlungsbedarf. Die Entwicklung der letzten beiden Jahre hat – soweit dem Innenministerium bekannt – gezeigt, dass nahezu kein Bürgerbegehren mehr als unzulässig zurückgewiesen werden musste.

I. 9. Ist die Landesregierung bereit, den Bürgerinnen und Bürgern in den 35 Landkreisen endlich die gleichen Rechte wie denen in den Stadtkreisen zu geben und auch in den Landkreisen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu ermöglichen, wenn nein, hält sie das bestehende unterschiedliche Recht mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes vereinbar?

Zu I. 9.:

Die Landesregierung hält an ihrer in der Stellungnahme vom 29. September 2003 zur Großen Anfrage der Fraktion GRÜNE (Drs. 13/2241) geäußerten Auffassung fest. Auf die Beantwortung zu Abschnitt III Nr. 1 wird insoweit verwiesen. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass ein Bürgerbegehren bzw. ein Bürgerentscheid auf Landkreisebene aus den dort dargestellten Gründen nicht eingeführt werden soll.

Wie in der damaligen Stellungnahme zu Abschnitt III Nr. 2 und 3 ausgeführt wurde, hält die Landesregierung das in Stadt- und Landkreisen unterschiedliche Recht mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes vereinbar.

I. 10. Ist es nach der massiven Stärkung der Landkreise und Landräte durch die Verwaltungsreform nicht endlich geboten, auch auf dieser Ebene den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger durch die Einführung der Volkswahl der Landräte zu stärken?

Zu I. 10.:

Die Landesregierung hält die Einführung der Volkswahl für Landräte nicht für geboten.

Wie ebenfalls in der o.g. damaligen Stellungnahme der Landesregierung vom 29. September 2003 zur Großen Anfrage der Fraktion GRÜNE ausgeführt wurde, hat die Verwaltungsstrukturreform die Zuständigkeit der Landräte und der Landkreise gerade im Bereich der staatlichen Verwaltung beträchtlich erweitert. Daher besteht keine Veranlassung, das Thema Volkswahl des Landrats wieder aufzugreifen. Auf die Ausführungen in der o.g. damaligen Stellungnahme zu Abschnitt III Nr. 4 sowie auf die Stellungnahme der Landesregierung vom 4. Juni 2003 auf die Große Anfrage der Fraktion GRÜNE zur Reform der Verwaltungsstrukturen in Baden-Württemberg zu Abschnitt B Nr. 3 b (Drs. 13/2013) wird verwiesen.

II. Volksbegehren in Baden-Württemberg

II. 1. Teilt die Landesregierung unsere Einschätzung, dass seit seiner Einführung im Jahr 1974 ein Volksbegehren in Baden-Württemberg noch nie stattgefunden hat, weil die Hürden für ein erfolgreiches Begehren zu hoch sind, wenn nein, wie erklärt sie sich dann, dass Bürgerinnen und Bürger in den letzten 33 Jahren zwar Anläufe unternommen, aber noch kein Volksbegehren wirklich initiiert haben?

Zu II. 1.:

Die Landesregierung teilt die Einschätzung nicht, dass seit der Einführung des Volksbegehrens im Jahre 1974 ein Volksbegehren in Baden-Württemberg noch nie stattgefunden habe, weil die Hürden für ein erfolgreiches Volksbegehren zu hoch seien.

Vielmehr lag der mit einer Ausweitung der Anwendbarkeit plebiszitärer Instrumente verbundenen Einführung eines Volksbegehrens als Vorstufe zu einer Volksabstimmung 1974 ein in seinen Grundzügen austariertes Gesamtgefüge zugrunde. Den eher niedrigen Anforderungen an einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens nach §§ 25 und 27 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG) stehen sich steigende Anforderungen an ein erfolgreiches Volksbegehren und eine erfolgreiche Volksabstimmung nach den Artikeln 59 und 60 der Verfassung

des Landes Baden-Württemberg (LV) gegenüber. Diese gesteigerten Anforderungen an ein erfolgreiches Zustandekommen von Volksbegehren und Volksabstimmungen sollen sicherstellen, dass nicht schon kleinere aktive Gruppen mit einfachen Mehrheiten ohne jedes weitere Zustimmungsquorum allgemein gültige Regelungen veranlassen können. Es soll vermieden werden, dass sich bloße Partikularinteressen zu Lasten des Allgemeinwohls ohne Weiteres durchsetzen können. Damit dienen gerade die gesteigerten Anforderungen an ein erfolgreiches Zustandekommen von Volksbegehren und Volksabstimmungen der Sicherung der demokratischen Legitimation dieser plebiszitären Instrumente durch eine ausreichend breite Unterstützung im Volk.

Zu den Gründen dafür, dass es seit 1974 noch nicht zur Durchführung eines Volksbegehrens in Baden-Württemberg gekommen ist, können seitens der Landesregierung nur Vermutungen angestellt werden. So kann beispielsweise vermutet werden, dass die erforderlichen Zustimmungsquoren die Durchsetzung bloßer Partikularinteressen verhindert und deshalb kleinere Interessengruppierungen diesen Weg nicht beschritten haben, da von vornherein die Unterstützung durch eine größere Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern nicht zu erwarten gewesen wäre. Dies ist aber entgegen der Annahme der Fragesteller gerade zur Sicherung der demokratischen Legitimation von Volksbegehren und Volksabstimmungen wünschenswert. Eine weitere Vermutung kann dahin gehen, dass in der Bevölkerung und in den Medien tendenziell eher Themen auf der Ebene des Bundes als auf der Ebene des Landes Aufmerksamkeit finden. Für diese Annahme spricht z. B. ein Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens aus dem Jahr 1985, bei dem das Volksbegehren mangels Landeskompetenz als unzulässig abgelehnt werden musste, was im Anschluss vom Staatsgerichtshof bestätigt wurde.

II. 2. Sind Reformen des Volksbegehrens und Änderungen von Artikel 59 Landesverfassung in dieser Legislaturperiode von der Landesregierung beabsichtigt, wenn ja, welche?

Zu II. 2.:

In der Koalitionsvereinbarung für die laufende Legislaturperiode ist eine Änderung beim Zustimmungsquorum für das Zustandekommen einer Volksabstimmung vorgesehen. Danach soll das Quorum in Artikel 60 Abs. 5 Satz 2 LV, wonach eine erfolgreiche Volksabstimmung voraussetzt, dass die eine Gesetzesvorlage befürwortende Mehrheit mindestens ein Drittel der Stimmberechtigten umfasst, auf ein Viertel der Stimmberechtigten reduziert werden. Mit einer solchen maßvollen Absenkung des Zustimmungsquorums bei der Volksabstimmung kann eine Stärkung der unmittelbaren Volksbeteiligung an staatlichen Entscheidungsprozessen auf der Ebene des Landes bei der Gesetzgebung erreicht werden, ohne befürchten zu müssen, dass „Zufallsmehrheiten“ im Falle einer geringen Beteiligung der Stimmberechtigten an einer Volksabstimmung den Ausschlag geben und über Gesetzesvorlagen wirksam beschließen können. Die Umsetzung dieses Auftrags aus der Koalitionsvereinbarung soll zu gegebener Zeit nach positiver Abstimmung und Erörterung der damit zusammenhängenden Fragen im politischen Raum erfolgen. In Bezug auf das Volksbegehren enthält die Koalitionsvereinbarung keine Festlegungen für Änderungen in der laufenden Legislaturperiode.

II. 3. Teilt die Landesregierung auch unsere Einschätzung, dass Volksbegehren und Volksabstimmungen für die BürgerInnen realistische Erfolgchancen bieten müssen und wie definiert die Landesregierung diese?

Zu II. 3.:

Grundsätzlich ist in Baden-Württemberg der Staat im Schwerpunkt vorrangig als eine repräsentative Demokratie ausgestaltet. Die plebiszitären Instrumente Volksbegehren und Volksabstimmung stellen eine Ergänzung hierzu dar. Geht man von dieser grundlegenden verfassungsrechtlichen Festlegung aus und nimmt man zusätzlich das Erfordernis einer zureichenden demokratischen Legitimation bei der Anwendung plebiszitärer Instrumente mit in den Blick, wird verständlich, dass es gesteigerter Anforderungen an ein erfolgreiches Zustandekommen von Volksbe-

gehren und Volksabstimmungen bedarf. Dabei dürfen jedoch die Anforderungen nicht überspannt werden. Vielmehr bedarf es eines angemessenen Ausgleichs zwischen den Anforderungen zur Sicherung der demokratischen Legitimation plebiszitärer Instrumente einerseits und realistischer Erfolgchancen dieser Instrumente andererseits. Bei diesem angemessenen Ausgleich besteht aus Sicht der Landesregierung verfassungsrechtlich ein Spielraum, innerhalb dessen unterschiedliche Ausgestaltungen möglich sind. Nach Auffassung der Landesregierung bieten die bestehenden abgestuften Regelungen zureichend realistische Chancen für erfolgreiche Volksbegehren und Volksabstimmungen. Insbesondere bieten die relativ niedrigen Anforderungen für einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens einen Anreiz, ein Volksbegehren zu initiieren. Bereits ein solcher Antrag kann eine entsprechende Publizität für ein bestimmtes Anliegen bewirken. Dass sich danach die Anforderungen für erfolgreiche Volksbegehren und Volksabstimmungen steigern, dient gerade der Sicherstellung einer zureichenden demokratischen Legitimation durch eine entsprechend deutliche Unterstützung durch die Stimmberechtigten. Dabei zielt das Unterstützungsquorum für ein erfolgreiches Volksbegehren auch darauf ab, dass eine anschließende Volksabstimmung mit einem hinreichenden und nachhaltigen Rückhalt in der Bevölkerung durchgeführt wird. Nach Auffassung der Landesregierung hat sich das bisherige Regelungssystem bewährt.

II. 4. Ist die Landesregierung bereit, die Beschränkung der Zulässigkeit von Volksbegehren auf die Einbringung von Gesetzentwürfen aufzuheben und nach dem Vorbild etwa von Brandenburg, Schleswig-Holstein und der Schweiz auch andere Gegenstände der politischen Willensbildung, z. B. in Form der Erteilung eines Auftrags an das Parlament, zum Gegenstand von Volksbegehren zu machen?

Zu II. 4.:

Nach Artikel 59 LV bezieht sich ein Volksbegehren auf die Einbringung von Gesetzesvorlagen. Dementsprechend muss nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 LV dem Volksbegehren ein ausgearbeiteter und mit Gründen versehener Gesetzentwurf zugrunde liegen. Neben diesem auf die Gesetzgebung bezogenen Volksbegehren sieht Artikel 43 Abs. 2 LV vor, dass der Landtag aufgelöst ist, wenn die Auflösung von einem Sechstel der Wahlberechtigten verlangt wird und bei einer binnen sechs Wochen vorzunehmenden Volksabstimmung die Mehrheit der Stimmberechtigten diesem Verlangen beitrifft. Damit sind nach den bestehenden verfassungsrechtlichen Regelungen Initiativen aus dem Volk nicht auf die Einbringung von Gesetzentwürfen beschränkt, sondern können sich auch auf die Auflösung des Landtags beziehen.

Darüber hinaus besteht nach Artikel 17 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 2 Abs. 1 LV für alle Bürger die Möglichkeit, sich mit Petitionen unmittelbar an den Landtag zu wenden. Dabei können auch Sammel- oder Massenpetitionen eingereicht werden. Zudem können mit Petitionen auch Fremd- oder Allgemeininteressen geltend gemacht werden. Damit besteht schon jetzt die Möglichkeit für die Bürger, im Rahmen eines Petitionsverfahrens ein bestimmtes Anliegen dem Landtag vorzulegen und eine Befassung im Landtag mit diesem Anliegen zu bewirken und auf diesem Weg auch die politische Willensbildung mit zu beeinflussen.

Vor diesem Hintergrund sieht die Landesregierung keinen Bedarf, Volksbegehren über die Einbringung von Gesetzentwürfen hinaus auf andere Gegenstände der politischen Willensbildung zu erstrecken.

Soweit in der Anfrage auf Brandenburg oder Schleswig-Holstein Bezug genommen wird, ist festzuhalten, dass hier sogenannte Volksinitiativen, um den Landtag mit bestimmten Gegenständen der politischen Willensbildung zu befassen, lediglich der Unterstützung von 20.000 Einwohnern bzw. Stimmberechtigten erfordern. Bei einem solch niedrigen Quorum im Verhältnis zur Gesamtzahl der Einwohner bzw. Stimmberechtigten steht die demokratische Legitimation eines solchen Instruments, mit dem das durch allgemeine Wahl unmittelbar demokratisch legitimierte Staatsorgan Landtag zur Befassung mit einem bestimmten Ge-

genstand verpflichtet werden kann, nur auf einem schmalen Fundament. Zudem ist dann die Gefahr gegeben, dass kleinere Interessengruppen mit Partikularinteressen über Gebühr Einfluss ausüben können. Im Hinblick auf die in der Anfrage ebenfalls genannte Schweiz ist allgemein darauf hinzuweisen, dass sich die staatsorganisationsrechtlichen Regelungen der Schweiz mit ihrem traditionellen direkt-demokratischen Ansatz nicht mit denen in Baden-Württemberg mit einer viel ausgeprägteren Stellung der repräsentativen Demokratie vergleichen lassen.

II. 5. Ist die Landesregierung gewillt, die Hürden für Volksbegehren und Volksabstimmungen zu erleichtern, etwa durch Senkung des Unterschriftenquorums, durch die Schaffung einer Wahl- und/oder Kombinationsmöglichkeit zwischen Amtseintragung und freier Unterschriftensammlung in der 2. Verfahrensstufe, durch die Senkung des Quorums in der 2. Stufe und die Ausweitung des dafür zur Verfügung stehenden Zeitraums, durch die Senkung des Zustimmungsquorums bei der eigentlichen Volksabstimmung von 33 % aller Wahlberechtigten auf Quoren, wie sie in anderen Bundesländern üblich sind (NRW 15 %, Hamburg 20 % Zustimmungsquorum) und durch den Verzicht auf Quoren bei einfachen Gesetzen (wie in Bayern, Hessen, Sachsen)?

Zu II. 5.:

Aus der Antwort zu Frage II. 2. geht hervor, dass in der Koalitionsvereinbarung für die laufende Legislaturperiode eine Änderung des Zustimmungsquorums für das Zustandekommen einer Volksabstimmung vorgesehen ist. Über diese Änderung hinaus hält die Landesregierung weitere Änderungen bei den gesetzlichen Bestimmungen zu Volksbegehren und Volksabstimmungen nicht für angezeigt. Aus den in der Antwort zu Frage II. 1. aufgeführten grundsätzlichen Erwägungen sollte nach Auffassung der Landesregierung von weiteren Absenkungen der Anforderungen für erfolgreiche Volksbegehren und Volksabstimmungen Abstand genommen werden.

Wie sich auch schon aus der Fragestellung selbst erkennen lässt, gibt es bei den landesverfassungsrechtlichen Regelungen zu Volksbegehren und Volksabstimmungen eine Vielfalt unterschiedlicher Regelungen in den einzelnen Ländern, die sich zwar nicht ohne Weiteres vergleichen lassen. Es wird jedoch deutlich, dass auch andere Länder vergleichbare Regelungen wie in Baden-Württemberg, insbesondere zu erforderlichen Unterstützungs- oder Zustimmungsquoren, aufweisen. So beträgt das Quorum für Volksbegehren etwa in Hessen und im Saarland $\frac{1}{3}$, in Sachsen 15 % und in Sachsen-Anhalt ca. 12 % der Stimmberechtigten. Das Quorum für Volksabstimmungen beträgt auch in Mecklenburg-Vorpommern ein Drittel, im Saarland sogar die Hälfte der Stimmberechtigten. Auch hieraus lässt sich ableiten, dass die Regelungen in Baden-Württemberg zu den Anforderungen an erfolgreiche Volksbegehren und Volksabstimmungen im Rahmen der in den Ländern insgesamt bestehenden Regelungen liegen.

II. 6. Ist die Landesregierung gewillt, bei einer Reform des Volksbegehrens eine Befassung durch den Landtag schon bei der ersten Stufe vorzusehen (wie z. B. in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern), um Initiativen der BürgerInnen aufzuwerten und frühzeitig den Kontakt zwischen ihnen und dem Parlament zu ermöglichen, auch um z. B. andere Möglichkeiten auszuloten, dem Anliegen der BürgerInnen gerecht zu werden?

Zu II. 6.:

Nach § 26 VAbstG setzt das Innenministerium den Landtag und die Landesregierung vom Eingang eines Antrags auf Zulassung eines Volksbegehrens nach § 25 VAbstG in Kenntnis. Es bleibt dem Landtag jederzeit unbenommen, sich mit einem solchen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zu befassen. Aufgrund dessen sieht die Landesregierung keine Notwendigkeit, die bisherigen Regelungen zum Volksbegehren hinsichtlich einer frühzeitigen Befassung des Landtags mit einem Volksbegehren zu ergänzen.

III. Direkte Demokratie in Baden-Württemberg im Vergleich zu Bayern

III. 1. Wie sehen die gesetzlichen Regelungen in Bayern und Baden-Württemberg im Vergleich aus, insbesondere hinsichtlich

- a) initiiierenden Bürgerbegehren,*
- b) den Quoren für Volksbegehren,*
- c) den Zustimmungsquoren bei Volksentscheiden?*

Zu III. 1.:

Die gesetzlichen Regelungen in Bayern und Baden-Württemberg sind aus nachfolgender Tabelle ersichtlich.

Unter Zeile 1. a) wird auf initiiierende Bürgerbegehren, unter Zeile 2. a) auf die Quoren für Volksbegehren und unter 2. b) auf die Zustimmungsquoren bei Volksentscheiden eingegangen.

Gesetzliche Regelungen zu Bürgerentscheid/Bürgerbegehren und Volksentscheid/Volksbegehren		
	Baden-Württemberg	Bayern
1. Bürgerentscheid/Bürgerbegehren	<p>§ 21 GemO</p> <p>(1) Der Gemeinderat kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen aller Mitglieder beschließen, dass eine Angelegenheit des Wirkungsbereiches der Gemeinde, für die der Gemeinderat zuständig ist, der Entscheidung der Bürger unterstellt wird (Bürgerentscheid).</p> <p>(2) Ein Bürgerentscheid findet nicht statt über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Weisungsaufgaben und Angelegenheiten, die kraft Gesetzes dem Bürgermeister obliegen, 2. Fragen der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung, 3. die Rechtsverhältnisse der Gemeinderäte, des Bürgermeisters und der Gemeindebediensteten, 4. die Haushaltssatzung einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe sowie die Kommunalabgaben, Tarife und Entgelte, 5. die Feststellung der Jahresrechnung der Gemeinde und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe, 6. Bauleitpläne und örtliche Bauvorschriften sowie über 7. Entscheidungen in Rechtsmittelverfahren. <p>(3) Über eine Angelegenheit des Wirkungsbereiches der Gemeinde, für die der Gemeinderat zuständig ist, kann die Bürgerschaft einen Bürgerentscheid beantragen (Bürgerbegehren). Ein Bürgerbegehren darf nur Angelegenheiten zum Gegenstand haben, über die innerhalb der letzten drei Jahre nicht bereits ein Bürgerentscheid auf Grund eines Bürgerbegehrens durchgeführt worden ist. Das Bürgerbegehren muss schriftlich eingereicht werden, dabei findet § 3a des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes keine Anwendung; richtet es sich gegen einen Beschluss des Gemeinderats, muss es innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntgabe des Beschlusses eingereicht sein. Das Bürgerbegehren muss die zur Entscheidung zu bringende Frage, eine Begründung</p>	<p>§ 18a GO</p> <p>(1) Die Gemeindebürger können über Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde einen Bürgerentscheid beantragen (Bürgerbegehren).</p> <p>(2) Der Gemeinderat kann beschließen, dass über eine Angelegenheit des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde ein Bürgerentscheid stattfindet.</p> <p>(3) Ein Bürgerentscheid findet nicht statt über Angelegenheiten, die kraft Gesetz dem ersten Bürgermeister obliegen, über Fragen der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung, über die Rechtsverhältnisse der Gemeinderatsmitglieder, der Bürgermeister und der Gemeindebediensteten und über die Haushaltssatzung.</p> <p>(4) Das Bürgerbegehren muss bei der Gemeinde eingereicht werden und eine mit Ja oder Nein zu entscheidende Fragestellung und eine Begründung enthalten sowie bis zu drei Personen benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten. Für den Fall ihrer Verhinderung oder ihres Ausscheidens können auf den Unterschriftenlisten zusätzlich stellvertretende Personen benannt werden.</p> <p>(5) Das Bürgerbegehren kann nur von Personen unterzeichnet werden, die am Tag der Einreichung des Bürgerbegehrens Gemeindebürger sind. Für die Feststellung der Zahl der gültigen Unterschriften ist das von der Gemeinde zum Stand dieses Tages anzulegende Bürgerverzeichnis maßgebend.</p> <p>(6) Ein Bürgerbegehren muss in Gemeinden</p> <ul style="list-style-type: none"> bis zu 10.000 Einwohnern von mindestens 10 v.H., bis zu 20.000 Einwohnern von mindestens 9 v.H., bis zu 30.000 Einwohnern von mindestens 8 v.H., bis zu 50.000 Einwohnern von mindestens 7 v.H.,

	<p>und einen nach den gesetzlichen Bestimmungen durchführbaren Vorschlag für die Deckung der Kosten der verlangten Maßnahme enthalten. Es muss von mindestens 10 vom Hundert der Bürger unterzeichnet sein, höchstens jedoch in Gemeinden</p> <p>mit nicht mehr als 50 000 Einwohnern von 2 500 Bürgern,</p> <p>mit mehr als 50 000 Einwohnern, aber nicht mehr als 100 000 Einwohnern von 5 000 Bürgern,</p> <p>mit mehr als 100 000 Einwohnern, aber nicht mehr als 200 000 Einwohnern von 10 000 Bürgern,</p> <p>mit mehr als 200 000 Einwohnern von 20 000 Bürgern.</p> <p>(4) Über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens entscheidet der Gemeinderat. Der Bürgerentscheid entfällt, wenn der Gemeinderat die Durchführung der mit dem Bürgerbegehren verlangten Maßnahme beschließt.</p> <p>(5) Wird ein Bürgerentscheid durchgeführt, muss den Bürgern die innerhalb der Gemeindeorgane vertretene Auffassung dargelegt werden.</p> <p>(6) Bei einem Bürgerentscheid ist die gestellte Frage in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens 25 vom Hundert der Stimmberechtigten beträgt. Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Ist die nach Satz 1 erforderliche Mehrheit nicht erreicht worden, hat der Gemeinderat die Angelegenheit zu entscheiden.</p> <p>(7) Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines endgültigen Beschlusses des Gemeinderats. Er kann innerhalb von drei Jahren nur durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert werden.</p> <p>(8) Das Nähere wird durch das Kommunalwahlgesetz geregelt.</p>	<p>bis zu 100.000 Einwohnern von mindestens 6 v.H., bis zu 500.000 Einwohnern von mindestens 5 v.H., mit mehr als 500.000 Einwohnern von mindestens 3 v.H. der Gemeindebürger unterschrieben sein</p> <p>(7) (weggefallen)</p> <p>(8) Über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens entscheidet der Gemeinderat unverzüglich, spätestens innerhalb eines Monats nach Einreichung des Bürgerbegehrens. Gegen die Entscheidung können die vertretungsberechtigten Personen des Bürgerbegehrens ohne Vorverfahren Klage erheben.</p> <p>(9) Ist die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens festgestellt, darf bis zur Durchführung des Bürgerentscheids eine dem Begehren entgegenstehende Entscheidung der Gemeindeorgane nicht mehr getroffen oder mit dem Vollzug einer dergleichen Entscheidung nicht mehr begonnen werden, es sei denn, zu diesem Zeitpunkt haben rechtliche Verpflichtungen der Gemeinde hierzu bestanden.</p> <p>(10) Der Bürgerentscheid ist an einem Sonntag innerhalb von drei Monaten nach der Feststellung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens durchzuführen; der Gemeinderat kann die Frist im Einvernehmen mit den vertretungsberechtigten Personen des Bürgerbegehrens um höchstens drei Monate verlängern. Die Kosten des Bürgerentscheids trägt die Gemeinde. Stimmberechtigt ist jeder Gemeindebürger. Die Möglichkeit der brieflichen Abstimmung ist zu gewährleisten.</p> <p>(11) Ist in einem Stadtbezirk ein Bezirksausschuss gebildet worden, so kann über Angelegenheiten, die diesem Bezirksausschuss zur Entscheidung übertragen sind, auch innerhalb des Stadtbezirks ein Bürgerentscheid stattfinden. Stimmberechtigt ist jeder im Stadtbezirk wohnhafte Gemeindebürger. Das Bürgerbegehren ist beim Bezirksausschuss zur Weiterleitung an den Stadtrat einzureichen. Die Vorschriften der Absätze 2 bis 16 finden entsprechend Anwendung.</p> <p>(12) Bei einem Bürgerentscheid ist die gestellte Frage in dem Sinn entschieden, in dem sie von der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit in Gemeinden bis zu 50.000 Einwohnern mindestens 20 v.H. bis zu 100.000 Einwohnern mindestens 15 v.H.</p>
--	---	---

		<p>mit mehr als 100.000 Einwohnern mindestens 10 v.H. der Stimmberechtigten beträgt. Bei Stimmgleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Sollen an einem Tag mehrere Bürgerentscheide stattfinden, hat der Gemeinderat eine Stichfrage für den Fall zu beschließen, dass die gleichzeitig zur Abstimmung gestellten Fragen in einer miteinander nicht zu vereinbarenden Weise beantwortet werden (Stichentscheid). Es gilt dann diejenige Entscheidung, für die sich im Stichentscheid die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen ausspricht. Bei Stimmgleichheit im Stichentscheid gilt der Bürgerentscheid, dessen Frage mit der höchsten Stimmenzahl mehrheitlich beantwortet worden ist.</p> <p>(13) Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Beschlusses des Gemeinderats. Der Bürgerentscheid kann innerhalb eines Jahres nur durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert werden, es sei denn, dass sich die dem Bürgerentscheid zu Grunde liegende Sach- oder Rechtslage wesentlich geändert hat.</p> <p>(14) Der Bürgerentscheid entfällt, wenn der Gemeinderat die Durchführung der mit dem Bürgerbegehren verlangten Maßnahme beschließt. Für einen Beschluss nach Satz 1 gilt die Bindungswirkung des Absatzes 13 Satz 2 entsprechend.</p> <p>(15) Die im Gemeinderat und die von den vertretungsberechtigten Personen des Bürgerbegehrens vertretenen Auffassungen zum Gegenstand des Bürgerentscheids dürfen in Veröffentlichungen und Veranstaltungen der Gemeinde nur in gleichem Umfang dargestellt werden. Zur Information der Bürgerinnen und Bürger werden von der Gemeinde den Beteiligten die gleichen Möglichkeiten wie bei Gemeinderatswahlen eröffnet.</p> <p>(16) Das Ergebnis des Bürgerentscheids ist in der Gemeinde in der ortsüblichen Weise bekannt zu machen.</p> <p>(17) Die Gemeinden können das Nähere durch Satzung regeln. Das Recht auf freies Unterschriftensammeln darf nicht eingeschränkt werden.</p> <p>(18) Art. 3a des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes findet keine Anwendung.</p>
--	--	---

1a. initiiierende Bürgerbegehren	zulässig - ergibt sich aus den allgemeinen Regelungen (vgl. unter Nr. 1)	zulässig - ergibt sich aus den allgemeinen Regelungen (vgl. unter Nr. 1)
2. Volksbegehren/ Volksentscheid	<p>Art. 59 der Landesverfassung</p> <p>(1) Gesetzesvorlagen werden von der Regierung, von Abgeordneten oder vom Volk durch Volksbegehren eingebracht.</p> <p>(2) Dem Volksbegehren muss ein ausgearbeiteter und mit Gründen versehener Gesetzentwurf zu Grunde liegen. Das Volksbegehren ist zu Stande gekommen, wenn es von mindestens einem Sechstel der Wahlberechtigten gestellt wird. Das Volksbegehren ist von der Regierung mit ihrer Stellungnahme unverzüglich dem Landtag zu unterbreiten.</p> <p>(3) Die Gesetze werden vom Landtag oder durch Volksabstimmung beschlossen.</p> <p>Art. 60 der Landesverfassung</p> <p>(1) Eine durch Volksbegehren eingebrachte Gesetzesvorlage ist zur Volksabstimmung zu bringen, wenn der Landtag der Gesetzesvorlage nicht unverändert zustimmt. In diesem Fall kann der Landtag dem Volk einen eigenen Gesetzentwurf zur Entscheidung mitvorlegen.</p> <p>(2) Die Regierung kann ein vom Landtag beschlossenes Gesetz vor seiner Verkündung zur Volksabstimmung bringen, wenn ein Drittel der Mitglieder des Landtags es beantragt. Die angeordnete Volksabstimmung unterbleibt, wenn der Landtag mit Zweidrittelmehrheit das Gesetz erneut beschließt.</p> <p>(3) Wenn ein Drittel der Mitglieder des Landtags es beantragt, kann die Regierung eine von ihr eingebrachte, aber vom Landtag abgelehnte Gesetzesvorlage zur Volksabstimmung bringen.</p> <p>(4) Der Antrag nach Absatz 2 und Absatz 3 ist innerhalb von zwei Wochen nach der Schlussabstimmung zu stellen. Die Regierung hat sich innerhalb von zehn Tagen nach Eingang des Antrags zu entscheiden, ob sie die Volksabstimmung anordnen will.</p> <p>(5) Bei der Volksabstimmung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen</p>	<p>Art. 71 Bayerische Verfassung (BV)</p> <p>Die Gesetzesvorlagen werden vom Ministerpräsidenten namens der Staatsregierung, aus der Mitte des Landtags oder vom Volk (Volksbegehren) eingebracht.</p> <p>Art. 72 BV</p> <p>(1) Die Gesetze werden vom Landtag oder vom Volk (Volksentscheid) beschlossen. ...</p> <p>Art. 73 BV</p> <p>Über den Staatshaushalt findet kein Volksentscheid statt.</p> <p>Art. 74 BV</p> <p>(1) Ein Volksentscheid ist herbeizuführen, wenn ein Zehntel der stimmberechtigten Staatsbürger das Begehren nach Schaffung eines Gesetzes stellt.</p> <p>(2) Dem Volksbegehren muss ein ausgearbeiteter und mit Gründen versehener Gesetzentwurf zugrundeliegen.</p> <p>(3) Das Volksbegehren ist vom Ministerpräsidenten namens der Staatsregierung unter Darlegung ihrer Stellungnahme dem Landtag zu unterbreiten.</p> <p>(4) Wenn der Landtag das Volksbegehren ablehnt, kann er dem Volk einen eigenen Gesetzentwurf zur Entscheidung mit vorlegen.</p> <p>(5) Rechtsgültige Volksbegehren sind von der Volksvertretung binnen drei Monaten nach Unterbreitung zu behandeln und binnen weiterer drei Monate dem Volk zur Entscheidung vorzulegen. Der Ablauf dieser Fristen wird durch die Auflösung des Landtags gehemmt.</p> <p>(6) Die Volksentscheide über Volksbegehren finden gewöhnlich im Frühjahr oder Herbst statt.</p> <p>(7) Jeder dem Volk zur Entscheidung vorgelegte Gesetzentwurf ist mit einer Weisung der Staatsregierung zu begleiten, die bündig und sachlich sowohl die</p>

	<p>Stimmen. Das Gesetz ist beschlossen, wenn mindestens ein Drittel der Stimmberechtigten zustimmt.</p> <p>(6) Über Abgabengesetze, Besoldungsgesetze und das Staatshaushaltsgesetz findet keine Volksabstimmung statt.</p> <p>Art. 64 Abs. 3 der Landesverfassung</p> <p>(3) Die Verfassung kann durch Volksabstimmung geändert werden, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder des Landtags dies beantragt hat. Sie kann ferner durch eine Volksabstimmung nach Artikel 60 Abs. 1 geändert werden. Das verfassungsändernde Gesetz ist beschlossen, wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten zustimmt.</p> <p>§ 25 Volksabstimmungsgesetz Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens</p> <p>(1) Volksbegehren bedürfen der Zulassung durch das Innenministerium. Sie werden durch Auflegung von Eintragungslisten in den Gemeinden durchgeführt.</p> <p>(2) Die Zulassung ist schriftlich zu beantragen. Dabei ist mitzuteilen, in welchen Gemeinden Eintragungslisten aufgelegt werden sollen. Der Antrag kann bis zur Entscheidung über die Zulassung auf weitere Gemeinden ausgedehnt werden.</p> <p>(3) Ist Gegenstand des Volksbegehrens die Einbringung einer Gesetzesvorlage, so ist dem Antrag ein ausgearbeiteter und mit Gründen versehener Gesetzentwurf beizufügen.</p> <p>(4) Der Antrag bedarf der Unterschriften von mindestens 10.000 Unterzeichnern, die im Zeitpunkt der Unterzeichnung zum Landtag wahlberechtigt sein müssen.</p> <p>(5) In dem Antrag sollen zwei Vertrauensleute benannt werden. Sind keine Vertrauensleute benannt, gelten die beiden ersten Unterzeichner des Antrags als Vertrauensleute. Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, sind nur die Vertrauensleute, jeder für sich, berechtigt, verbindliche Erklärungen zu dem Antrag abzugeben und Erklärungen von Abstimmungsorganen entgegenzunehmen. Die Vertrauensleute können durch schriftliche Erklärung der Mehrheit der Unterzeichner des Antrags an das Innenministerium abberufen und durch andere ersetzt werden.</p>	<p>Begründung der Antragsteller wie die Auffassung der Staatsregierung über den Gegenstand darlegen soll.</p> <p>Art. 62 Landeswahlgesetz (LWG)</p> <p>(1) Das Volk übt das unmittelbare Recht der Gesetzgebung aus durch die Vorlage von Gesetzentwürfen in Volksbegehren und durch die Abstimmung über Gesetze in Volksentscheiden.</p> <p>(2) Über den Staatshaushalt findet kein Volksentscheid statt (Art. 73 der Verfassung). Ebenso sind Volksbegehren und Volksentscheid auf Verfassungsänderungen, die dem demokratischen Grundgedanken der Verfassung widersprechen, unzulässig.</p> <p>Art. 63 LWG</p> <p>(1) Der Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens ist schriftlich an das Staatsministerium des Innern zu richten. Ihm muss der ausgearbeitete, mit Gründen versehene Gesetzentwurf, der den Gegenstand des Volksbegehrens bilden soll, beigegeben sein. Der Antrag bedarf der Unterschrift von 25 000 Stimmberechtigten; das Stimmrecht der Unterzeichner ist bei der Einreichung des Zulassungsantrags nachzuweisen. Der Nachweis darf bei Einreichung des Zulassungsantrags nicht älter als zwei Jahre sein.</p> <p>....</p> <p>Art. 64 LWG</p> <p>(1) Erachtet das Staatsministerium des Innern die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens nicht für gegeben, so hat es die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs herbeizuführen (Art. 67 der Verfassung). Dies gilt insbesondere dann, wenn angenommen wird, dass der Antrag eine unzulässige Verfassungsänderung (Art. 75 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung) oder eine verfassungswidrige Einschränkung eines Grundrechts (Art. 98 der Verfassung) enthält.</p> <p>....</p> <p>Art. 65 LWG</p> <p>(1) Wird dem Zulassungsantrag stattgegeben, so macht das Staatsministerium des Innern das Volksbegehren in der gesetzlich vorgeschriebenen Form bekannt und setzt Beginn und Ende der Frist fest, während deren die Eintragungen für das</p>
--	---	---

	<p>(6) Das Nähere regelt die Stimmordnung.</p> <p>§ 26 Volksabstimmungsgesetz Unterrichtung des Landtags und der Regierung</p> <p>Das Innenministerium setzt den Landtag und die Regierung vom Eingang des Antrags in Kenntnis.</p> <p>§ 27 Volksabstimmungsgesetz Zulassung des Volksbegehrens</p> <p>(1) Das Innenministerium hat das Volksbegehren zuzulassen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Antrag vorschriftsmäßig gestellt ist und 2. im Falle des § 25 Abs. 3 die Gesetzesvorlage dem Grundgesetz und der Landesverfassung nicht widerspricht. <p>Es hat über den Antrag binnen drei Wochen nach seinem Eingang zu entscheiden.</p> <p>(2) Von der Entscheidung sind der Landtag, die Regierung und die Vertrauensleute der Antragsteller zu benachrichtigen.</p> <p>(3) Wird der Antrag abgelehnt, so können die Vertrauensleute der Antragsteller binnen zwei Wochen nach Zugang der Entscheidung hiergegen den Staatsgerichtshof anrufen. Das Innenministerium ist Prozessbeteiligter im Sinne von § 9 Abs. 1 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof .</p> <p>§ 28 Volksabstimmungsgesetz Öffentliche Bekanntmachung der Zulassung</p> <p>(1) Wird dem Antrag entsprochen, so macht das Innenministerium die Zulassung des Volksbegehrens im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg öffentlich bekannt. Es macht gleichzeitig die Gemeinden, in denen Eintragungslisten aufgelegt werden, sowie die Frist bekannt, innerhalb der das Volksbegehren durch Eintragung in die Listen unterstützt werden kann. Die Eintragsfrist darf frühestens vier, höchstens sechs Wochen nach der öffentlichen Bekanntmachung beginnen und soll in der Regel 14 Tage dauern.</p>	<p>Volksbegehren vorgenommen werden können (Eintragsfrist).</p> <p>(2) Die Bekanntmachung hat spätestens sechs Wochen nach dem Eingang des vollständigen Zulassungsantrags beim Staatsministerium des Innern, im Fall des Art. 64 vier Wochen nach der Verkündung der dem Zulassungsantrag stattgebenden Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs zu ergehen.</p> <p>(3) Die Eintragsfrist beträgt 14 Tage. Sie beginnt frühestens acht, spätestens zwölf Wochen nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger. Sind die Eintragungslisten aus Gründen, die die Unterzeichner des Zulassungsantrags nicht zu vertreten haben, nicht oder nicht ordnungsgemäß während der gesamten Eintragsfrist zum Eintrag der Unterzeichnungserklärung bereitgehalten worden, so verlängert das Staatsministerium des Innern die Eintragsfrist allgemein oder für einzelne Gemeinden entsprechend.</p> <p>Art. 67 LWG</p> <p>Die Gemeinden, in denen Eintragungslisten aufgelegt werden sollen, bestimmen die Anzahl der Eintragsbezirke so, dass jede stimmberechtigte Person ausreichend Gelegenheit findet, sich an dem Volksbegehren zu beteiligen. Jede Gemeinde bildet mindestens einen Eintragsbezirk.</p> <p>Art. 68 LWG</p> <p>(1) Die Unterzeichner des Zulassungsantrags haben den kreisfreien Gemeinden, für die kreisangehörigen Gemeinden den Landratsämtern die erforderliche Anzahl vorschriftsmäßiger Eintragungslisten gegen Empfangsnachweis spätestens zwei Wochen vor Beginn der Eintragsfrist zuzuleiten. Diese müssen den vollen Inhalt des Volksbegehrens enthalten.</p> <p>(2) Die Gemeinden sind verpflichtet, die Eintragungslisten für die Dauer der Eintragsfrist zum Eintrag der Unterzeichnungserklärung bereitzuhalten. Die Eintragungsräume und -stunden sind so zu bestimmen, dass jede stimmberechtigte Person ausreichend Gelegenheit findet, sich an dem Volksbegehren zu beteiligen.</p> <p>Art. 71 LWG</p> <p>... (2) Zur Rechtsgültigkeit des Volksbegehrens ist es erforderlich, dass das</p>
--	--	---

	<p>(2) Das Innenministerium unterrichtet die Gemeinden, in denen Eintragungslisten aufzulegen sind. Die Gemeinden haben ihrerseits den Gegenstand des beantragten Volksbegehrens, die Eintragsfrist, den Ort, wo die Eintragungslisten aufgelegt werden, und die Tageszeit, innerhalb der die Eintragung vorgenommen werden kann, in ortsüblicher Weise bekanntzumachen und dabei auf die Voraussetzungen der Eintragungsberechtigung (§ 31) und der Ausübung des Eintragsrechts (§ 32) hinzuweisen.</p> <p>(3) Ist Gegenstand des Volksbegehrens die Einbringung einer Gesetzesvorlage, so ist der Wortlaut des Gesetzentwurfs und seine Begründung in die Bekanntmachung nach den Absätzen 1 und 2 aufzunehmen.</p> <p>§ 29 Volksabstimmungsgesetz Zurücknahme des Zulassungsantrags</p> <p>(1) Der Zulassungsantrag kann bis zum achten Tag vor dem Beginn der Eintragsfrist zurückgenommen werden. Die Zurücknahme muss dem Innenministerium durch gemeinsame schriftliche Erklärung der Vertrauensleute mitgeteilt werden. Als Zurücknahme gilt auch die schriftliche Zurückziehung so vieler Unterschriften, dass dadurch die Zahl der Unterzeichner unter 10000 sinkt.</p> <p>(2) Die Zurücknahme ist vom Innenministerium dem Landtag und der Regierung mitzuteilen und, falls bereits die Zulassung des Volksbegehrens öffentlich bekanntgemacht worden ist, in gleicher Weise bekanntzumachen.</p> <p>§ 30 Volksabstimmungsgesetz Eintragungslisten</p> <p>(1) Die Unterstützung des Volksbegehrens geschieht durch Eintragung in die Eintragungslisten. Die Form der Eintragungslisten wird durch die Stimmordnung geregelt.</p> <p>(2) Die Eintragungslisten sind den Gemeinden von den Antragstellern zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinden sind verpflichtet, die ihnen rechtzeitig zugegangenen ordnungsmäßigen Eintragungslisten innerhalb der Eintragsfrist nach den näheren Bestimmungen der Stimmordnung zur Eintragung durch Eintragungsberechtigte öffentlich aufzulegen und dabei die Eintra-</p>	<p>Verlangen nach Schaffung eines Gesetzes von mindestens einem Zehntel der Stimmberechtigten gestellt worden ist. ...</p> <p>Art. 72 LWG</p> <p>(1) Der Ministerpräsident hat rechtsgültige Volksbegehren innerhalb von vier Wochen namens der Staatsregierung unter Darlegung ihrer Stellungnahme dem Landtag zu unterbreiten. ...</p> <p>Art. 73 LWG</p> <p>(1) Rechtsgültige Volksbegehren sind vom Landtag binnen drei Monaten nach Unterbreitung zu behandeln und – vorbehaltlich des Absatzes 3 – binnen weiterer drei Monate dem Volk zur Entscheidung vorzulegen. (3) Nimmt der Landtag den begehrten Gesetzentwurf unverändert an, so entfällt ein Volksentscheid vorbehaltlich der Bestimmung des Art. 75 Abs. 2 der Verfassung.</p> <p>(4) Lehnt der Landtag den im Volksbegehren unterbreiteten Gesetzesantrag ab, so kann er dem Volk einen eigenen Gesetzentwurf zur Entscheidung mit vorlegen. ...</p> <p>Art. 74 LWG</p> <p>Die Kosten der Herstellung der Eintragungslisten und deren Versendung an die kreisfreien Gemeinden und an die Landratsämter tragen die Antragsteller. Die Kosten der Feststellung des Ergebnisses des Volksbegehrens fallen dem Staat, die übrigen Kosten den Gemeinden zur Last.</p> <p>Art. 75 LWG</p> <p>(1) Die Staatsregierung setzt den Tag der Abstimmung fest. Sie macht ihn mit dem Gegenstand des Volksentscheids bekannt.</p> <p>(2) Die Bekanntmachung hat zu enthalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Tag der Abstimmung, 2. den Text des Gesetzentwurfs, 3. eine Erläuterung der Staatsregierung (Art. 74 Abs. 7 der Verfassung), die bündig und sachlich sowohl die Begründung der Antragsteller wie die Auffassung der Staatsregierung und des Landtags einschließlich des Abstimmungsergebnisses im Landtag
--	---	---

	<p>gungsberechtigung der sich eintragenden Personen zu prüfen.</p> <p>§ 31 Volksabstimmungsgesetz Eintragungsberechtigte</p> <p>Eintragungsberechtigt ist, wer am Tag der Eintragung zum Landtag wahlberechtigt ist.</p> <p>§ 32 Volksabstimmungsgesetz Ausübung des Eintragsrechts</p> <p>(1) Das Eintragsrecht kann nur in Gemeinden ausgeübt werden, in denen Eintragungslisten aufgelegt sind (§ 28 Abs. 1 Satz 2, § 30 Abs. 2 Satz 2).</p> <p>(2) Vorbehaltlich des Absatzes 1 kann jeder Eintragungsberechtigte das Eintragsrecht in der Gemeinde ausüben, in der er seine Wohnung, bei mehreren Wohnungen seine Hauptwohnung hat oder in der er sich sonst gewöhnlich aufhält.</p> <p>(3) In einer anderen Gemeinde kann sein Eintragsrecht nur ausüben, wer einen Eintragungsschein (§ 33) hat.</p> <p>§ 33 Volksabstimmungsgesetz Eintragungsscheine</p> <p>(1) Einen Eintragungsschein erhalten auf Antrag Eintragungsberechtigte, die sich während der gesamten Dauer der Eintragsfrist aus wichtigem Grund außerhalb der nach § 32 Abs. 2 maßgebenden Gemeinde aufhalten, wenn in dieser Gemeinde Eintragungslisten aufzulegen sind (§ 28 Abs. 2 Satz 1).</p> <p>(2) Das Nähere über die Ausgabe von Eintragungsscheinen regelt die Stimmordnung.</p> <p>§ 34 Volksabstimmungsgesetz Rechtsmittel</p> <p>Eintragungsberechtigte, die nicht zur Eintragung zugelassen werden oder denen ein beantragter Eintragungsschein versagt wird, können nach Maßgabe des 8. Abschnitts der Verwaltungsgerichtsordnung Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage erheben. Über den Widerspruch im Vorverfahren entscheidet die Rechtsaufsichtsbehörde.</p>	<p>über den Gegenstand darlegen soll.</p> <p>Art. 76 LWG</p> <p>...</p> <p>(3) Die abstimmende Person hat ihre Entscheidung, ob sie dem Gesetzentwurf zustimmt (Ja-Stimme) oder diesen ablehnt (Nein-Stimme), auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich zu machen.</p> <p>(4) Stehen mehrere Gesetzentwürfe, die den gleichen Gegenstand betreffen, inhaltlich aber miteinander nicht vereinbar sind, zur Abstimmung, so kann die abstimmende Person zu jedem einzelnen Gesetzentwurf kenntlich machen, ob sie ihn dem geltenden Recht vorzieht (Ja-Stimme) oder nicht (Nein-Stimme). Zusätzlich kann sie kenntlich machen, welchen der Gesetzentwürfe sie vorzieht für den Fall, dass zwei oder mehr Gesetzentwürfe jeweils die erforderliche Zustimmung (Art. 79 Abs. 1) erreichen (Stichfrage).</p> <p>Art. 79 LWG</p> <p>(1) Ein Gesetzentwurf erreicht die erforderliche Zustimmung durch Volksentscheid, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. er mehr gültige Ja-Stimmen als Nein-Stimmen erhält und 2. im Fall, dass der Gesetzentwurf eine Verfassungsänderung beinhaltet, diese Ja-Stimmen mindestens 25 v. H. der Stimmberechtigten entsprechen (Quorum); beinhaltet der Gesetzentwurf sowohl eine Verfassungsänderung als auch die Schaffung oder die Änderung einfachen Rechts, so unterliegt er insgesamt dem Quorum. <p>(2) Steht ein einziger Gesetzentwurf zur Abstimmung, so ist er durch Volksentscheid angenommen, wenn er die erforderliche Zustimmung (Absatz 1) erreicht.</p> <p>(3) Hat von mehreren nach Art. 76 Abs. 4 zur Abstimmung stehenden Gesetzentwürfen nur ein Gesetzentwurf die erforderliche Zustimmung (Absatz 1) erreicht, so ist dieser Gesetzentwurf angenommen. Haben zwei oder mehr Gesetzentwürfe die erforderliche Zustimmung (Absatz 1) erreicht, so ist von diesen der Gesetzentwurf angenommen, der bei der Stichfrage (Art. 76 Abs. 4 Satz 2) die Mehrheit der gültigen Stimmen erhält. Ergibt sich bei der Stichfrage Stimmgleichheit, so ist der Gesetzentwurf angenommen, der die</p>
--	---	---

	<p>§ 35 Volksabstimmungsgesetz Eintragung</p> <p>(1) Die Eintragung muss persönlich und handschriftlich vollzogen werden. § 16 Abs. 2 Satz 2 gilt mit der Maßgabe entsprechend, dass die Unterschrift von Personen, die erklären, dass sie des Schreibens unkundig sind, durch eine Erklärung zur Niederschrift der Behörde ersetzt wird.</p> <p>(2) Die Eintragung muss enthalten</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Vor- und Familiennamen des Eintragungsberechtigten, bei Frauen auch deren Geburtsnamen, 2. den Geburtstag des Eintragungsberechtigten, 3. den Wohnort und die Wohnung des Eintragungsberechtigten. <p>§ 36 Volksabstimmungsgesetz Ungültige Eintragungen</p> <p>(1) Ungültig sind Eintragungen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die die Person des Eintragenden nicht zweifelsfrei erkennen lassen, 2. die von nichteintragungsberechtigten Personen herrühren, 3. die nicht in vorschriftsmäßige Eintragungslisten oder verspätet gemacht sind. <p>(2) Die Entscheidung über die Gültigkeit der Eintragung trifft der Landesabstimmungsausschuss.</p> <p>(3) Das Nähere regelt die Stimmordnung.</p> <p>§ 37 Volksabstimmungsgesetz Feststellung, Mitteilung und öffentliche Bekanntmachung des Eintragungsergebnisses</p> <p>(1) Die Gemeinden schließen die Eintragungslisten nach Ablauf der Eintragsfrist ab und übersenden sie dem Kreisabstimmungsleiter. Dieser prüft die Ordnungsmäßigkeit des Eintragungsver-</p>	<p>meisten gültigen Ja-Stimmen (Art. 76 Abs. 4 Satz 1) erhalten hat. Haben dabei zwei oder mehr Gesetzentwürfe die gleiche Zahl an gültigen Ja-Stimmen erhalten, so ist derjenige angenommen, der nach Abzug der auf ihn entfallenden Nein-Stimmen die größte Zahl an Ja-Stimmen auf sich vereinigt. Ergibt sich auch danach Stimmgleichheit zwischen zwei oder mehr Gesetzentwürfen, so wird über diese Gesetzentwürfe erneut abgestimmt.</p>
--	---	--

	<p>fahrens und übersendet die gesamten Eintragungslisten des Stimmkreises dem Landesabstimmungsleiter.</p> <p>(2) Der Landesabstimmungsausschuss ermittelt die Gesamtzahl der rechtsgültigen Eintragungen und stellt fest, ob das Volksbegehren zustande gekommen ist. Das Volksbegehren ist zustande gekommen, wenn die Zahl der rechtsgültigen Eintragungen mindestens ein Sechstel der Zahl der bei der letzten Landtagswahl oder Volksabstimmung Wahlberechtigten erreicht.</p> <p>(3) Der Landesabstimmungsleiter teilt das vom Landesabstimmungsausschuss festgestellte Ergebnis dem Landtag und der Regierung mit und macht es im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg bekannt.</p> <p>§ 38 Volksabstimmungsgesetz Anfechtung des Eintragungsverfahrens</p> <p>Die Feststellung, ob das Volksbegehren zustande gekommen ist (§ 37 Abs. 2), kann durch Einspruch beim Staatsgerichtshof angefochten werden. § 21 gilt entsprechend.</p> <p>§ 39 Volksabstimmungsgesetz Kosten des Volksbegehrens</p> <p>(1) Die Kosten des Zulassungsantrags sowie die Kosten der Eintragungslisten und ihrer Versendung an die Gemeinden fallen den Antragstellern zur Last. Die Kosten der Entscheidung über den Zulassungsantrag und die Kosten der Feststellung des Eintragungsergebnisses trägt das Land. Den Gemeinden werden die ihnen entstehenden Kosten vom Land erstattet. § 24 gilt entsprechend.</p> <p>(2) Führt die Volksabstimmung zur Auflösung des Landtags, so sind den Antragstellern die Kosten des Zulassungsantrags sowie die Kosten der Eintragungslisten und ihrer Versendung vom Land zu erstatten.</p>	
<p>2a. Quoren der Volksbegehren</p>	<p>ergibt sich aus Nr. 2 (Antrag auf Zulassung: 10.000 Wahlberechtigte, § 25 Abs. 4 VAbstG; Volksbegehren: ein Sechstel der Wahlberechtigten, Art. 59 Abs. 2 LV)</p>	<p>ergibt sich aus Nr. 2 (Antrag auf Zulassung: 25.000 Stimmberechtigte, Art. 63 Abs. 1 LWG; Volksbegehren: 10 % der Stimmberechtigten, Art. 74 Abs. 1 BV, Art. 71 Abs. 2 LWG)</p>
<p>2b. Zustimmungsquoren bei Volksentscheiden</p>	<p>ergibt sich aus Nr. 2 (ein Drittel der Stimmberechtigten, Art. 60 Abs. 5 LV; bei verfassungsändernden Gesetzentwürfen: Mehrheit der Stimmberechtigten, Art. 64 Abs. 3 LV)</p>	<p>ergibt sich aus Nr. 2 (mehr Ja- als Nein-Stimmen, nur bei verfassungsändernden Gesetzentwürfen: 25 % der gültigen Ja-Stimmen, Art. 79 Abs. 1 LWG)</p>

III. 2. Wie hoch ist der durchschnittliche Anteil von als unzulässig erklärten Bürgerbegehren in Bayern und Baden-Württemberg

a) im Zeitraum 1995 bis 2005,

b) seit 2006?

III. 3. Welchen Anteil haben initiierte Bürgerbegehren an der Gesamtzahl der Bürgerbegehren in den beiden Bundesländern und wie bewertet die Landesregierung diese Zahlen?

III. 4. Wie oft wird im Schnitt in Gemeinden von 5.000 bis 10.000 Einwohnern in den beiden Bundesländern ein Bürgerbegehren durchgeführt?

Zu III. 2. bis III. 4.:

Dem Bayerischen Staatsministerium des Innern liegen zu den Fragen, die zu den Bürgerbegehren in Bayern gestellt wurden, keine Erkenntnisse vor. Für Baden-Württemberg liegen nur die zu Abschnitt I Nr. 2, 4 und 5 genannten Angaben vor.

Ein bewertender Zahlenvergleich ist daher nicht möglich.

III. 5. Worin liegen nach Ansicht der Landesregierung die Gründe, dass Bayern in vergleichenden Studien von Vereinen wie Mehr Demokratie konstant vordere Plätze im Bundesvergleich belegt und Baden-Württemberg auf den hinteren Plätzen liegt?

Zu III. 5.:

Die Gründe dürften vielschichtiger Natur sein. Die erstmalige Einführung der Bürgerbeteiligung in Bayern erst im Jahr 1995 hat naturgemäß eine große Zahl von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ausgelöst. Im Übrigen wird auf die Stellungnahme der Landesregierung vom 29. September 2003 zu Abschnitt II Nr. 2 der Großen Anfrage der Fraktion GRÜNE (Drs. 13/2241) verwiesen.

III. 6. Was wird die Landesregierung unternehmen, um Baden-Württemberg auf den bayrischen Standard zu bringen?

Zu III. 6.:

Wie in Abschnitt I. Nr. 4 ausgeführt misst die Landesregierung der absoluten Anzahl der Bürgerbegehren keinen positiven Wert an sich bei. Daher sieht die Landesregierung – wie auch in Abschnitt I. Nr. 8 dargestellt – bei den gesetzlichen Bestimmungen für Bürgerbegehren keinen Handlungsbedarf. Dies gilt für den Bürgerentscheid entsprechend. Im Hinblick auf die Ausführungen im Abschnitt II. gilt dies auch für Volksbegehren und Volksabstimmungen.

Rech

Innenminister